

18.06.2012 – Kurt Gritsch: Der ‚Kosovokrieg‘ und die deutschen Intellektuellen

(Naturns)

Die Debatte um den „Kosovo-Krieg“ war das diskursive Ereignis der späten 1990er Jahre schlechthin. In diesem Zusammenhang präsentiert der Historiker Kurt Gritsch die Ergebnisse einer Printmedien-Analyse. Gritsch rekonstruiert den Kosovo-Diskurs und geht auch auf die Frage ein, warum damals von Befürwortern wie Gegnern mit Holocaust-Analogien argumentiert wurde.

Auch wenn der „Kosovo-Krieg“ mit dem Konzept der „humanitären Intervention“ begründet wurde, diente der eskalierende Bürgerkrieg zwischen der „Kosovo-Befreiungsarmee“ UÇK und serbischen Antiterrorereinheiten als Spielfeld internationaler Interessen. Denn während die USA die Wandlung der NATO vom Verteidigungs- zum Interventionsbündnis forcierten, nutzte Deutschland die historische Chance, militärische Einschränkungen aus dem Zweiten Weltkrieg endgültig zu überwinden. So wurde der „Kosovo-Krieg“ als humanitäre Intervention, die keine war, zum Türöffner für weitere militärische Aktivitäten der NATO bis in die Gegenwart. Und wo die mehrmonatige Kosovo-Debatte noch hunderte Intellektuelle zu Stellungnahmen provoziert hatte, weckten die nachfolgenden Kriege vergleichsweise geringes Interesse. Die Würfel waren, so schien es, 1999 gefallen: Humanitär begründete Out-of-Area-Einsätze der NATO, auch unter Beteiligung der Bundeswehr, haben seit damals eine noch wenige Jahre zuvor nicht für möglich gehaltene Selbstverständlichkeit erreicht.

Referent zu diesem Thema ist Dr. Kurt Gritsch, Historiker und Konfliktforscher, geb. 1976 in Meran (Südtirol/Italien), Studium der Geschichte und Germanistik in Innsbruck und Rom; Promotion zum Doktor der Neueren Geschichte in Hildesheim 2009 bei Professor Michael Gehler (Zeitgeschichte) und Professor Jörg Becker (Politikwissenschaften/Konfliktforschung); Forschungsschwerpunkte: Rezeptions- und Mediengeschichte; Zeitgeschichte des ehemaligen Jugoslawien; Arabische Revolutionen 2011 und Naher Osten.

Gritsch beginnt seinen Vortrag, in dem er seine Promotionsarbeit vorstellt, indem er seine Quellen vorstellt: Es sind dies Artikel und Kommentare aus der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung*, der *Süddeutschen Zeitung*, der *taz*, dem *Spiegel* und aus *'Die Zeit'* März-Juni des Jahres 1999 sowie weitere Quellen und Literatur zum Thema. Die Fachliteratur, so Gritsch, war damals ebenfalls relativ tendenziös, d.h. pro-albanisch und anti-serbisch. Seine Methode war interdisziplinär-diskursanalytisch, als wichtigste Instrumente, um fehlende bzw. noch nicht freigegebene Quellen zu ersetzen, nennt er „Skepsis und Plausibilität“ auf Grundlage des *cui bono*-Prinzips. In den großen deutschen Printmedien sei der Krieg damals einseitig dargestellt worden. Zwar hatte die rot-grüne Bundesregierung Mitte März den Einsatz der Bundeswehr mit „Verhinderung einer humanitären Katastrophe“ begründet, doch Lagebeobachter der UN hatten gar keine akute Gefahr einer solchen eingeschätzt. Das Gros der deutschen Print- wie audiovisuelle Medien deutete den Bürgerkrieg im

Kosovo als serbische Vertreibungspolitik um und stellte sich somit hinter die NATO-Luftangriffe, wodurch unkritisch die Darstellung der Bundesregierung unterstützt wurde. In den von Gritsch untersuchten Zeitungen wiederum wurde, analog zur politischen Berichterstattung, auch im Feuilleton ein Zerrbild der Wirklichkeit abgebildet: In der Intellektuellendebatte wurden mit Ausnahme der taz überproportional Kommentare von Kriegsbefürwortern abgedruckt, während Stellungnahmen von Kriegsgegnern deutlich unterrepräsentiert blieben. Die Argumente für den Krieg lauteten wiederholt „Nie wieder Auschwitz!“, Verteidigung der Wertegemeinschaft der NATO, dass Deutschland „wieder Verantwortung übernehmen“ müsse sowie „Ethik vor Recht“. Die Gegner führten dagegen an: „Nie wieder Krieg!“, den serbischen Antifaschismus, den Missbrauch des Schlagworts der „humanitären Interventionen“ in der Geschichte, „Ethik und Recht“, das diplomatische Versagen des Westens 1995 in Dayton, die unsichere Informationslage sowie dass Krieg kein opportunes Mittel mehr zur Fortsetzung der Politik sei.

Im Folgenden kommt Gritsch zunächst auf die Hintergründe des ‚Kosovo-Krieges‘ zu sprechen. Er beginnt dabei mit dem in der massenmedialen Berichterstattung vielzitierten Mythos von der Schlacht auf dem Amselfeld 1389, die gemeinhin zur spektakulären Niederlage der Serben gegen die Osmanen im Sinne eines Opfermythos stilisiert wurde. Diese Darstellung treffe allerdings nicht zu, so der Redner. Vielmehr sei es eine Schlacht vieler verschiedener lokaler Ethnien gegen die Osmanen gewesen, keineswegs nur der Serben. Doch die westlichen Medien hätten diesen serbischen Opfermythos kritiklos übernommen, um ihn in der Kosovo-Frage dann argumentativ gegen Serbien zu verwenden. Ähnlich verhalte es sich mit dem geschichtlich verklärten Auszug der Serben 1690.

Gritsch skizziert die Geburt des souveränen Serbiens 1878 auf dem Berliner Kongress und diejenige Albanien 1913. Fortan war das Kosovo ein Zankapfel zwischen beiden Staaten und wechselte mehrmals gewaltsam den Besitzer. Beide Seiten hätten gelitten, meint Gritsch. Im Zweiten Weltkrieg stellten Kosovaren die SS-Division Skanderbeg. In der Nachkriegszeit verfolgte Titos Innenminister Aleksandar Rankovic bis 1966 eine repressive Politik gegenüber Albanern. Dahinter stand der Plan, dass alle „Türken“ (Muslime) in die Türkei auswandern sollten. 1974 kam es zu einer neuen jugoslawischen Verfassung, die auch eine sehr weitgehende Autonomie für das Kosovo (de facto den Republikstatus) beinhaltete. Nukleus des albanischen Nationalstolzes war die Universität von Priština. Dort kam es dann 1981 zu einem folgenschweren Aufstand, dessen Wurzeln die schwierige sozioökonomische Lage einerseits und albanischer Nationalismus andererseits waren („Wir sind Albaner, keine Jugoslawen!“). Obwohl seit der 1974er Verfassung die Regierung des Kosovo und sämtliche Provinzstellen ethnisch proportional besetzt waren (75% Albaner), forderten nationalistische Albaner 1981 eine albanische Republik Kosovo innerhalb Jugoslawiens. Serbien hingegen wollte das Kosovo, das de facto ohnehin nahezu alle Eigenständigkeit einer jugoslawischen Teilrepublik hatte, nicht völlig aufgeben. 1986 gelangte ein unvollendetes Diskussionspapier der Serbischen Akademie der Wissenschaft und Künste an die Öffentlichkeit, das von der Gefahr eines Genozids der Kosovo-Serben sprach. Obwohl das Memorandum in der serbischen Öffentlichkeit als nationalistisch kritisiert und zurückgewiesen wurde, erlangte es in den 1990er Jahren im Westen zweifelhafte Berühmtheit als angeblicher Beweis für den „großserbischen Nationalismus“. In die Zeit des Memorandums fällt schließlich, weit folgenschwerer, der Aufstieg des Slobodan Milošević. Aus Anlass des 600jährigen Jubiläums der Amselfeldschlacht bekräftigte Milošević 1989 Serbiens Anspruch auf das Kosovo. Die westlichen Medien werteten dies als „großserbischen

Nationalismus“. Es folgten die Kriege in Kroatien und der Herzegowina. In den Verträgen von Dayton spielte das Kosovo keine Rolle – es schien schlicht zu unbedeutend, so Gritsch.

Während Serbien 1989 die Autonomie des Kosovo aufhob und die Provinz von Belgrad aus regierte, errichteten Albaner als Reaktion darauf eine von Serbien ziemlich unbehelligt gebliebene Schattenverwaltung, die sogar die Universität von Pristina mit über 1100 Dozenten finanzierte. Als Slobodan Milosevic 1996 persönlich das Albanologie-Institut an der Uni Pristina wiedereröffnete, zeigten die Zeichen kurzfristig auf Entspannung. Dann jedoch trat die in Albanien ausgebildete „Kosovo-Befreiungsarmee“ UÇK auf den Plan. Die UÇK wurden dann drei Jahre später zu „Bodentruppen der NATO“, erläutert Gritsch. Von den westlichen Medien seien allerdings die faschistischen, hodxistischen und muslimisch-fundamentalistischen Wurzeln der UÇK verschwiegen worden. Ebenso wurde unterschlagen, dass die selbsternannte „Befreiungsarmee“ zwischen 1996 und 1998 mehr Albaner als Serben ermordete, um das politische Klima zu radikalisieren. Die UÇK sei, so Gritsch, „von Anfang an eine Terrorarmee“ gewesen. Die serbische Armee schlug im Januar 1998 hart zurück. Es kam zu Massakern. Allerdings habe auch die UÇK „ethnische Säuberungen“ vorgenommen.

Als Bilanz des „Bürgerkrieges“ nennt Gritsch 218 zerstörte Moscheen und 76 zerstörte orthodoxe Kirchen. Die Opferzahl aller Ethnien sei prozentual vergleichbar hoch gewesen.

In den oben genannten Medien seien mehrfach Bezüge zum Holocaust aufgetaucht. Vergleiche zwischen Milošević und Hitler seien vorgekommen, die Serben seien mit Nazis gleichgesetzt worden, das Schlagwort vom „neuen Auschwitz“ tauchte mehrmals auf und es sei die Rede gewesen von „serbischer Vertreibungs- und Vernichtungspolitik“. Die UN-Vermittlung sei zunehmend diskreditiert worden.

Im August 1998 habe sich die NATO bereits grundsätzlich zur Intervention aus der Luft entschlossen. Zwar hatte es im Oktober 1998 noch eine Vermittlungsmission der OSZE gegeben, deren Chef, der US-Diplomat William Walker, habe jedoch eher danach gehandelt, den Krieg im Kosovo herbeizuführen statt zu deeskalieren. In den Medien habe bereits ein „Krieg des Bilder“ stattgefunden. Mehrere Zwischenfälle, die auf das Konto der UÇK gingen, seien nicht untersucht worden, während ein mutmaßliches serbisches Massaker, jenes von Racak, im Januar 1999 dann noch am Tag der Entdeckung vor jeder Untersuchung als Legitimierung für die Militärintervention der NATO verwendet wurde. Im Grunde sei dies „institutionalisierte Lynchjustiz“ gewesen, meint Gritsch, der darauf verwies, dass auch die auf Racak folgenden Verhandlungen in Rambouillet und Paris im Februar und März 1999 hauptsächlich das Ziel verfolgten, den bereits beschlossenen Luftkrieg in die Gänge zu bringen. Dies sei letztendlich durch die Geheimdiplomatie um den Annex B des Rambouillet-Vertrags erreicht worden, worin Serbien ein zuvor nicht verhandelter Zusatz vorgelegt wurde, wonach sich die NATO in ganz Serbien hätte frei bewegen können. Dieser freiwilligen Besatzung konnte Serbien nicht zustimmen, weshalb es in der westlichen Öffentlichkeit, der die näheren Umstände von Annex B vorenthalten blieben, die Verantwortung für die gescheiterten „Friedensverhandlungen“ zugeschrieben bekam. Der Hintergrund war Gritsch zufolge der, dass sich die Transatlantische Allianz kurz vor ihrem 50jährigen Bestehen neu definieren müssen, nachdem der Kalte Krieg vorbei und der Warschauer Pakt als Gegner entfallen war. Demnach habe sich die NATO vom Verteidigungs- zum Interventionsbündnis wandeln wollen. Diese Hintergründe seien in den deutschen Massenmedien ebensowenig beleuchtet worden wie die Frage nach den Motiven

und der Redlichkeit der sogenannten Vermittler im Kosovo-Einsatz, so der Redner. Dass man von einem „humanitären Einsatz“ nicht sprechen könne, begründet Gritsch dadurch, dass man keinerlei Vorkehrungen für die notleidenden Menschen getroffen habe. Die humanitäre Situation sei durch die Bombardements hingegen noch deutlich schlimmer geworden. Demgegenüber hätten aber westliche Massenmedien mehrheitlich am Bild des moralisch gerechtfertigten Einsatz festgehalten und von Nazi-Serben berichtet. Einer der wenigen westlichen Journalisten, die auch während des Krieges differenziert berichtet hatten, war der für die *LA Times* tätige Paul Watson. Er berichtete neben Kriegsgräueln und serbischen Vertreibungen auch davon, dass es selbst während des Krieges noch eine gemeinsame Basis zwischen vielen Kosovo-Serben und Albanern gegeben habe.

Zum Schluss bilanziert Gritsch: Der Kosovokrieg sei eigentlich ein Bürgerkrieg gewesen, die NATO habe sich erfolgreich transformiert, Deutschland habe erreicht, dass es sich wieder an Kriegen beteiligen durfte, die USA habe den Einfluss auf Europa erneuern können und die UÇK habe die Macht im Kosovo übernehmen können.

In der anschließenden Diskussion nahm der Referent zu vielfältigen Nachfragen Stellung und vertiefte seine Thesen. Er verwies unter anderem auf die WDR-Dokumentation von Tobias Werth und Jo Angerer „Es begann mit einer Lüge“ („Počelo je lažima“, 2001). Nach den Bindegliedern zwischen Presse und Politik gefragt nannte Gritsch den massiven Einsatz von PR-Agenturen im Auftrag einzelner Politiker. Bundeswehroffiziere hätten durchaus auch differenziertere Lageeinschätzungen geliefert, doch hätten diese in den Medien kein Echo gefunden.